

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 137 (1971)
Heft: 6

Artikel: Schweizerische Probleme im globalen ideologischen Konflikt
Autor: Berchtold, W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-46748>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schweizerische Probleme im globalen ideologischen Konflikt

Lt. W. Berchtold

Vorbemerkungen

Mit dem Artikel in der ASMZ Nr. 1/1971, Seite 20, «1945 bis 1970: Krieg oder Frieden?», sollte grob die heutige Lage umrissen und aufgezeigt werden, wie trügerisch unser sogenannter Friedenszustand de facto ist. Auf Grund der Tatsache, daß sich unser Land trotz langer neutralitätspolitischer Tradition dem Widerstreit der Ideologien ebensowenig zu entziehen vermag wie andere demokratische Nationen der freien Welt, stellt sich die Frage, wie und wo die wachsenden Gefahren bewältigt werden können.

Das moderne Feindbild

Im Laufe unseres Jahrhunderts hat sich das uralte Feindbild des Aufeinanderprallens zweier Heere, des Frontenkrieges, grundlegend geändert. War diese Kriegsform im ersten Weltkrieg noch die vorherrschende, so zeigte schon der zweite Brand deutliche Tendenzen, neue Möglichkeiten auszuschöpfen und den Kriegsausgang nicht mehr nur dem Waffengang allein zu überlassen. Durch das Aufkommen der Atomwaffen, durch deren spätere ungeheure Vermehrung und Vervollkommnung gewannen die neuen Kriegsformen immer stärker an Bedeutung, weil das Risiko einer heißen, atomaren Konfrontation für die ganze Menschheit immer untragbarer erscheint und auch die Rendite für einen möglichen Sieger je länger, je mehr auf den Nullpunkt sinkt, solange beide Supermächte über die Zweitschlagkapazität verfügen. Somit ist heute eine primäre globale militärische Auseinandersetzung kaum mehr denkbar. Vielmehr wird das militärische Mittel wohl nur da beschränkt und gezielt zum Zuge kommen, wo die gesteckten Ziele schon vorher sturmreif gemacht wurden oder wo ein für den Aggressor relativ risikoloses militärisches Vakuum besteht, denn jedes Vakuum, so auch das militärische, hat das Bestreben, sich aufzufüllen.

Das bedeutet für uns zweierlei. Erstens sind wir gezwungen, auf militärischem Gebiet auf der Höhe zu bleiben und unsere Armee so schlagkräftig wie nur möglich zu erhalten. Unsere Streitkräfte müssen so stark sein, daß sie einem mit modernsten technischen Mitteln ausgerüsteten Gegner, der überdies über alle Varianten von B- und C-Waffen verfügt, so weit trotzen können, daß ihm das Ziel, die Besetzung der Schweiz, nicht lohnend erscheint. Dies sind sattsam bekannte, fast schon abgedroschene Sentenzen, deren Aktualität aber heute leider noch genau so gilt wie früher, die aber nur zu gerne belächelt und, wenn man die schweizerische Politik der neuesten Zeit betrachtet, anscheinend auch vergessen werden. Wenn man sich vor Augen führt, daß allein die berüchtigte russische Feuerwalze, die vor dem eigentlichen mechanisierten Angriff erfolgt, aus bis zu 30 000 Schuß pro Kilometer und pro Angriffswelle besteht und daß normalerweise mit zwei oder drei Angriffswellen zu rechnen ist, daß pro Kilometer Frontabschnitt bis zu 110 Rohre eingesetzt werden, daß dazu die Luftüberlegenheit kommt und aus jedem Mehrfachraketenwerfer auch B- und C-Sprengköpfe verschossen werden können und daß überdies die taktischen Atomgeschosse in Rechnung gestellt werden müssen, so kann man

sich ein ungefähres Bild dessen machen, was unsere Armee zu leisten haben wird und wofür sie vor allem auch auszurüsten ist.

Zweitens ist auch den neuen Fronten vermehrt Aufmerksamkeit zu schenken. Die innere Zersetzung, die Subversion auf fast allen Gebieten, Terror und Gewaltakte sowie zunehmende Spionagetätigkeit sind die heute gegenüber früheren militärischen Mitteln nicht minder wirksamen Waffen, die in ausgeklügelten Verfahren und kaum zu übertreffender Perfidie gegen uns gerichtet werden, um die Sturmreife unseres Landes zu erwirken. Wir sind heute nachlässiger geworden als noch zu Zeiten des zweiten Weltkrieges, wurden doch damals frontistische Politiker aus dem Nationalrat ausgeschlossen, mit der Begründung, daß sie ihre Direktiven aus Berlin beziehen. Heute sitzen Marxisten-Leninisten ungestört im gleichen Rat, obgleich deren Abhängigkeit von Moskau niemandem fremd ist. Es gibt einen Liberalismus, der, wenn er die Notstandsrechte negiert, zum sicheren Selbstmord führen muß. Es ist auch nicht einzusehen, wieso ein im Strafrecht für die natürliche Person allgemein anerkanntes Institut im größeren Rahmen nicht auch für das Überleben einer staatlichen Ordnung Gültigkeit haben soll. Gerade das Beispiel von Chile sollte auch uns endlich aus dem Dornröschenschlaf aufwecken. Dieses Land, das über eine alte demokratische Tradition verfügte, zeigte schon vor Jahren die Symptome des Krieges an der inneren Front, doch niemand wollte dies wahrhaben. Wenn auch die Voraussetzungen der Geschehnisse in diesem Land auf weiten Gebieten mit unseren Verhältnissen in keiner Weise verglichen werden können, so sind doch gewisse Parallelen festzuhalten, die sich absolut decken. Einmal ist hier die fast überall in der Welt, so auch bei uns, herrschende Sorglosigkeit zu nennen, die der Subversion und dem Kampf im Innern gegen den Kommunismus entgegengebracht wurde. Die früheren Träger der Demokratie blieben im Opportunismus und im Wohlstandstaumel stecken, und für auch nur kleine Opfer war beinahe niemand zu haben. So kam es zum Beispiel, daß sich kaum mehr Leute für die Urnenwachen fanden, die nicht stark im Wahlergebnis bis extrem links standen, während die Leute gemäßigter Richtungen zum größten Teil die Erfüllung dieser Bürgerpflicht nicht mehr für nötig und als lästig empfanden. Eine beträchtliche Zahl zog es auch vor, lieber den Abstimmungstag am Meer zu verbringen, als vor den Wahllokalen Schlange zu stehen. Die Auswirkungen waren fatal. Auch dort glaubte man jugendlichen Extremistengruppen nachgeben zu können, in der Hoffnung, daß diese sich dann mit der Zeit auch an die demokratischen Spielregeln halten würden. Die Realität aber sieht heute entschieden anders aus. Auch in jenem Lande wurde die kommunistische Wühlarbeit maßlos unterschätzt; das Erwachen fiel hart und schmerzhaft aus. Was Opportunismus, Verantwortungslosigkeit, Unterschätzung des Gegners und Profitgier dort verursachten, bietet heute schon, kaum mehr als 2 Monate nach der Präsidentschaftsübernahme durch den «Genossen» Allende, ein recht trauriges Bild. Die Wasserwerfer der Polizei begießen die öffentlichen Parks, die Polizei selbst verfügt über keine scharfe Munition mehr, wogegen die Linksextremisten des MIR nach wie vor bewaffnet sind. Politische Terroristen wurden freigelassen, Wände und Mauern sind bis in die Residenzviertel der Hauptstadt mit kommunistischen Slogans beschmiert. Die Expropriationen von Firmen werden vorangetrieben, die gewaltsamen Besetzungen von Bauerngütern gehen unvermindert weiter, ohne daß die Polizei auch nur die Erlaubnis zum Einschreiten hätte. Auf dem als nächstes zu realisierenden Programm stehen nun die Schaffung von Volksgerichtshöfen, was gleich-

bedeutend mit dem Tod des Rechtsstaates ist, und die Erhebung einer Ausreisesteuer von umgerechnet etwa 2500 Franken, die von einem durchschnittlichen Angestellten mit einem Salär von 600 bis 700 Franken pro Monat niemals aufgebracht werden kann. Damit werden chilenische Bürger Gefangene ihrer Heimat durch eine finanzielle Barriere, wie die Ostdeutschen es durch den Mauerbau geworden sind. Diese Liste könnte als abschreckendes Beispiel noch beliebig verlängert werden, doch mag dies für diese Betrachtungen genügen.

Lücken und Schwächen

Wenngleich auch bei uns die Gefahr eines Schicksals, wie es nun Chile erreicht hat, noch nicht so groß ist, so darf doch das Wetterleuchten auch bei uns nicht unterschätzt werden. Unter vielen jungen Wehrmännern aller Grade besteht ein kaum unterdrückbares Unbehagen, was unter anderem auch die Ausrüstung der Armee betrifft. Die Schuld daran tragen in hohem Maße unsere politischen Parteien und Parlamentarier, die fast alle Abstriche am Staatsbudget auf die Militärausgaben abwälzen. Der Bürger im Wehrkleid hat heute noch den Willen, seine Pflicht zu erfüllen, aber wird man es in Zukunft noch ebenso selbstverständlich verlangen können, wenn man ihm die nötigen Mittel nicht in die Hand gibt? Unsere Militärausgaben, gemessen am Sozialeinkommen des Volkes, sind verschwindend klein. Es gibt kaum ein Land in Europa, das über einen kleineren Betrag verfügt als wir. Dazu kommt, daß bei uns noch große Summen eingespart werden können, weil die Truppenkommandanten und viele andere Offiziere Jahr für Jahr ihre Zeit gratis für dienstliche Aufgaben zur Verfügung stellen. Wäre es so unlogisch, daß man diese Einsparungen, wenn man sie schon nicht für administrative Zwecke auszugeben braucht wie andere Armeen, für Materialanschaffungen verwenden würde? Um so unbegreiflicher muten dann Kürzungen an den Militärausgaben an, nur weil sie wahltaktischen und opportunistischen Motiven entspringen. Die Abwertung, die unsere Armee von höchsten offiziellen Stellen her in schleichendem Maße erfährt, ist äußerst gefährlich und muß von manch willigem Soldaten als Rückenschuß empfunden werden. Wie man es auch zu drehen versucht, der Grundsatz hat vor allem heute noch seine volle Gültigkeit, wonach die Freiheit eines Volkes genau so viel wert ist, wie das Volk dafür einzusetzen gewillt ist. Jeder Gymnasiast lernt in der Physik, daß jede Kette so stark ist wie ihr schwächstes Glied. Das gilt im großen ganzen auch hier. Was die Vernachlässigung der Armee für ein Land bedeuten kann, hat Polen im letzten Weltkrieg gezeigt, das sich mit einer heroischen Kavallerie und mit gezücktem Säbel gegen die anrollenden deutschen Panzer zu erwehren suchte. Der Erfolg ist bekannt: 1 Monat Widerstand, und der Krieg der polnischen Armee war aus. Dieses Beispiel unseren Räten im Zeitalter der Atomkanonen, der waffentragenden Satelliten und Interkontinentalraketen in Erinnerung zu rufen dürfte nach der letzten Session und dem sozialdemokratischen Parteitag nicht nur aktuell, sondern geradezu notwendig sein! Niemand verlangt, daß unsere Armee auf allen Gebieten mit den letzten Neuheiten ausgerüstet sein muß. Dazu ist unser Land zu klein; aber es ist eine unumstößliche Tatsache, daß eindeutig mehr getan werden kann und daß sehr vieles nur daran scheitert, weil das Wort «Militärausgaben» heute unbeliebt und daher unbequem ist. Es läßt sich viel leichter mit Nationalstraßen Propaganda treiben als mit einer guten Armee, geradeso als ob es wichtiger wäre, schon heute mit 200 km/h von St. Gallen nach Genf rasen zu können, als zuerst für eine optimale Verteidigung zu sorgen und mit dem Rasen bis morgen zu warten.

Aber auch auf dem Gebiete des Kampfes gegen die innere Zersetzung bestehen bei uns große Lücken. Lange wurde das Lehrerproblem vernachlässigt, obwohl man genau wußte, daß sich der Kommunismus zuerst an die leichter beeinflussbaren Jugendlichen heranmachen wird. Die Lehrer selbst, mit wenigen löblichen Ausnahmen, kamen im Geschichtsunterricht selten über die Zeiten Napoleons hinaus, so daß das Verständnis für unsere täglichen Vorfälle, die auf den Geschehnissen des ersten und vor allem des zweiten Weltkrieges basieren, bei den Jungen oft völlig fehlte und dadurch auch die Anfälligkeit für extremistische Ideen vergrößert wurde. Daß es auch auf dem Sektor des staatsbürgerlichen Unterrichts nur zu oft unbegreifliche Lücken und Unwissenheit gibt, ist kein Geheimnis mehr. Wie aber stellt man sich einen Verteidigungswillen einer neuen Generation vor, der nicht vom Wissen um das Bestehende getragen ist? Wie sollen sie fähig sein, fremden Ideologien standzuhalten, wenn sie nicht einmal die Grundprinzipien unserer eigenen Demokratie, in der sie täglich leben, begreifen? Früher spielte sich die Unterwanderung und Zersetzung fast ausnahmslos außerhalb der Armee ab. Heute aber ist sie kein Tabu mehr, sondern die Anzahl solcher Versuche und Vorfälle in der Truppe selbst nimmt zu. Ist es nicht langsam Zeit, daß auch wir merken, daß es mit dem Vertrauen auf unsere Traditionen und der Gewißheit des Wohlstandes in unserem Lande allein nicht mehr geht und daß wir, jeder an seinem Platz, die Hände nicht einfach im Schoß belassen können?

Schlußfolgerungen

Was die militärischen Ausrüstungsprobleme betrifft, so wird es Sache unserer Räte, der politischen Parteien und des Bundesrates sein, sich endlich einmal zu einer weniger opportunistischen Haltung durchzuringen und selbst Zetergeschrei von links in Kauf zu nehmen. Daß dies möglich ist, hat die Herausgabe des Zivilverteidigungsbuches bewiesen, das denn auch bei der großen Mehrheit der Bürger recht gut angekommen ist. Die Lehrer- und Unterrichtsfragen zu lösen ist in Zukunft eine wichtige Aufgabe unserer kantonalen Behörden, die nicht wenig Zivilcourage erfordern wird. Aber auch wir, als Angehörige der Armee, können unseren Teil zur Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit beitragen. Im Osten werden die Leute schon sehr früh gedrillt, beeinflusst und überwacht. Ihre Armeen besitzen seit langem den Posten des Politoffiziers. Können wir im Westen in einem Kampf auf Leben und Tod beziehungsweise auf Freiheit und Knechtschaft uns den Luxus leisten, die Unwissenheit der eigenen Bevölkerung einfach zu ignorieren und nichts dagegen zu unternehmen? Die Antwort ist klar. Bis das Lehrerproblem gelöst sein wird, dauert es recht lange, da darf man sich keinen Illusionen hingeben. Die nächste Stufe, bei der man die jungen Bürger wieder zusammen zur Ausbildung hat, ist die Armee. Seit einiger Zeit ist es üblich, daß in den Kampagnen Diskussionen und Aussprachen über die verschiedensten Gebiete durchgeführt werden; das ist an sich sehr zu begrüßen und sehr oft auch äußerst interessant. Die Gefahr liegt heute aber darin, daß solche Gelegenheiten nach und nach von ausgebildeten und geschulten Elementen zur Aggression und Aufwiegelung mißbraucht und umfunktioniert werden. Diese Feststellung soll nicht etwa heißen, daß berechtigte und fundierte Kritik nicht zugelassen wäre; aber die Forderung drängt sich auf, daß in Zukunft auch auf der Seite der Armee Leute vorhanden sind, die die kommunistische Dialektik verstehen und selbst auch beherrschen, um solchen Elementen entgegenzutreten und sie neutralisieren können. Von den Truppenkommandanten kann man aber nicht verlangen, daß sie neben all der anderen anspruchs-

vollen Arbeit, für die sie ihre Zeit opfern, auch noch mit solchen Aufgaben belastet werden. In Anlehnung an die Charge des Politoffiziers in den Ostblockarmeen wäre zum Beispiel bei uns der Nachrichtenoffiziersposten geeignet, zusätzlich mit der Aufgabe der Abschirmung zersetzender Einflüsse und der Ausbildung der Truppe auf staatsbürgerlichem Gebiet betraut zu werden. Das setzt aber eine äußerst strenge Auswahl und vor allem eine gründliche Schulung voraus, wenn mit diesem Institut nicht das genaue Gegenteil des Erstrebten erreicht werden soll. Da heute der Krieg an der inneren Front mindestens so wichtig wie der Kampf auf dem Schlachtfelde geworden ist und heute Länder in erster Linie an jener Front kapitulieren, ist es ein ernstes und dringliches Gebot, auf diesem Gebiet größere Anstrengungen zu unternehmen. So begrüßenswert unser rotes Büchlein auch ist, so dürfte es allein gegenüber der zielgerichteten und bewußt forcierten Aggression und Aufweichung durch die Kommunisten aller Schattierungen in unserem Lande kaum ein genügend großes Gegenmittel darstellen. Weitere, zusätzliche Maßnahmen auf möglichst breiter Basis sind unbedingt erforderlich, deren eine mögliche und relativ rasch realisierbare Lösung die obgenannte darstellt.

Diese Zeilen wollen keine Panik oder Torschlußängste hervorrufen, sondern lediglich in ihrem beschränkten Rahmen dazu beitragen, damit bei uns endlich einmal die Realität des ideologischen Kriegszustandes erkannt und auch zu Lasten des politischen Opportunismus berücksichtigt wird. Wir haben durchaus unsere Chancen, nur müssen wir sie auch ergreifen und dürfen nicht glauben, daß wir mit dem Argument der Kultur und des Wohlstandes allein bestehen können. Nur eine Position der Entschlossenheit und der Stärke hat in dieser Auseinandersetzung Aussicht auf Erfolg, niemals aber Zaudern und Nachgeben. Die Geschichte ist überreich an solchen Beispielen, nur werden sie immer und immer wieder vergessen und übersehen. Es verhält sich auch hier genau so wie bei den kleinen Kindern, die sich erst einmal die Finger verbrennen müssen, bevor sie glauben, daß das Feuer tatsächlich heiß ist. Hat etwa Kultur und Wohlstand allein die alten Griechen oder die Römer vor dem Untergang bewahrt? Hat das alte Troja deshalb überlebt? – Auch die Geschichte dieser Tage ist voll von größeren und kleineren Zeugnissen, daß Entschlossenheit das einzige ist, das im Osten Eindruck und Respekt zu verschaffen vermag. Man ist versucht, auch heute wieder in leichter Abwandlung des alten trojanischen Satzes auszurufen: «Ich mißtraue den Kommunisten, auch wenn sie Geschenke bringen!»

Unsere Armee braucht leistungsfähige Kampfflugzeuge

Oberstleutnant i Gst Charles Ott

In der Mai-Nummer der ASMZ ist eine Saab-Studie zur «Bewertung von Erdkampfflugzeugen» veröffentlicht worden, in welcher die Resultate firmaeigener Computeranalysen diskutiert werden. Diese Arbeit darf als Musterbeispiel für die jedem Computer immanente Gefahr gelten, daß das Resultat bereits durch die dem Computer eingegebenen Daten *vorbestimmt* wird. So kommt denn die Fabrikstudie zum Schluß, daß eine Flotte von rund 130 neuen leichten Erdkampfflugzeugen jeder andern Flotte, vor allem einer kleinen Flotte leistungsfähigerer Erdkampfflugzeuge weit überlegen sei. Wie ist ein solcher wissenschaftliche untermauerter Fehlschluß möglich?

Schutzgrad der Flugzeuge am Boden

In der erwähnten Arbeit wird zu Recht angenommen, daß eine große Flotte eine größere Zahl von Stützpunkten benötige. Daraus wird eine geringere Gefährdung abgeleitet, da der vom Feind zu leistende Aufwand für 7 bis 8 Flugplätze bedeuten größer sei als für 3 bis 4. Im Sinne einer Dissuasion, der Wehrpolitik des hohen Eintrittspreises sei diese Dezentralisation sehr vorteilhaft. Dabei wird aber der sehr unterschiedliche Schutzgrad der Flugzeuge am Boden übersehen. Während die kleine Flotte praktisch vollständig in bombensicheren Stollen untergebracht ist und nur durch aufwendige Pistenerstörungen am Einsatz teilweise gehemmt werden kann, stehen Teile der großen Flotte mangels weiterer Stollen praktisch schutzlos auf unsern Feldflugplätzen herum. Ihr Einsatz kann vom Feind daher durch den direkten Einsatz gegen das Fluggerät auf viel weniger aufwendige Art verhindert oder gestört werden.

Auch ohne dieses Versehen ist die Fragestellung der Studie falsch. Unabhängig von der Zahl der neu zuzukaufenden Flugzeuge wird die schweizerische Flugwaffe vorläufig eine feste Anzahl von Stützpunkten in Betrieb halten. Was variieren kann, ist lediglich die Zahl der darauf abgestellten, vor allem der im Freien gewarteten Flugzeuge. Für einen möglichen Gegner stellt sich somit nicht die Frage nach der bereits bekannten Zahl von Flugplätzen, sondern diejenige nach dem größten Rendement. Dieses dürfte wohl am größten sein für Einsätze gegen auf Flugplätzen offen abgestellte Flugzeuge (siehe Beispiel des Sechstageskrieges); in zweiter Linie dürften Flugplätze mit großer Belegung interessant sein. Bei unsern vorgegebenen Verhältnissen ist deshalb die Gefährdung der größeren Flotte höher als die der kleinen Flotte leistungsfähiger Flugzeuge. Die bisherigen Evaluationen der offiziellen Stellen haben diese «Bestrafung» der großen Flotte nicht berücksichtigt, weil es noch viel triftigere Gründe gegen diese leistungsschwachen Flugzeuge gibt.

Treffgenauigkeit leichter Erdkampfflugzeuge

Es ist kein Zufall, daß heute mehr als 50 Prozent des Preises für ein neues Erdkampfflugzeug auf seine Elektronik entfällt. Wenn es nämlich gelingt, das Treff- und Zerstörungspotential des Einzelflugzeuges wesentlich zu steigern, kann der Aufwand

«Die langhaarige Generation beginnt in die Rekrutenschulen einzurücken und stellt den Herrschaftsanspruch des militärischen Apparats in Frage. Die Zahl der Dienstverweigerer nimmt jährlich zu. Strategie und Aufbau von Gegeninstitutionen werden diskutiert. Bereits zeichnen sich gesamtschweizerische Organisationskanäle und Kommunikationszentren ab. Eine 'Gesellschaft in der Gesellschaft' ist im Entstehen begriffen.»

(«Focus» Nr. 7/1970)